54. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 317

Dienstag, 7. Juli 1925

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die englisch-russische Spannung.

Erklärungen Chamberlains im Unterhaus.

Noch keine Note an Moskau abgesandt. — Die Beweise für die bolschewistische Propaganda.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 7. Juli.

Die gespannte Lage, die sich im Augenblick zwischen der britischen Regierung und Moskau durch die hartnäckige bolschewistische und antibritische Propaganda in China und Zentralasien herausgebildet hat, gab gestern im Unterhause Anlaß zu zahlreichen Anfragen. Kenworthy fragte Chamberlain, ob man bereits an die russische Regierung eine Note gerichtet habe, worauf der Außenminister erwiderte, daß eine solche Note noch nicht abgesandt worden sei, daß sich die Regierung aber das volle Recht vorbehalte, das zu tun, wenn sie im Augenblick für nötig halte. Kenworthy fragte darauf, ob dem Unterhause, falls die Regierung irgendwelche praktischen Schritte unternehmen würde, die vorliegenden Tatsachen und die vollen Gründe für solche Schritte der Regierung vorgelegt würden. Chamberlain erwiderte, die Regierung müsse die notwendigen Schritte selbst unternehmen können. Er habe sich aber immer bemüht, Schritte dieser Art mit vollem Wissen und Willen, möglichst mit Unterstützung des Unterhauses zu tun. Sein Amt als Außenminister gestattete ihm im übrigen nicht, bei etwaigen Unternehmungen zu warten, bis das Unterhaus jedesmal gefragt worden sei. Clynes bat die Anfrage, ob das Unterhaus gefragt werden würde, wenn es sich um eine Abänderung der in der Rußland gegenüber um eine Abänderung der in der Thronrede auseinandergesetzten Politik handle. Der Außenminister erklärt hierauf, daß er hoffe, daß keine Frage in der Annahme gestellt würde, die Regierung trage sich mit Plänen, die eine Aenderung der erwähnten Politik bedeuteten. **Die Lage sei aber durchaus heikel** und müsse täglich sorgfältig beobachtet werden. Die Regierung müsse freie Hand haben, im Notfalle die britischen Interessen zu schützen. Er könne auch die Erklärung abzugeben, daß er, falls eine Aenderung eintreten sollte, dies sobald wie möglich dem Unterhause mitteilen würde. Auf eine Anfrage Trevelyans erklärte er weiter, daß die Regierung keineswegs daran denke, das Angebot Tschitscherins anzunehmen, die zwischen England und China vorliegenden Streitfragen zu diskutieren. Kenworthy richtete hierauf an den Außenminister die schriftliche Anfrage, ob man im Parlament die Augenscheinlichkeit oder die Beweise für eine Schuld der bolschewistischen Regierung oder einen Schuldanteil an den Unruhen in China nachweisen könne. Chamberlain erklärte in seiner schriftlichen Antwort, die **Rede des Sowjetbotschafters in Peking sei ein genügender Beweis dafür, daß der Sowjeteinfluß die Unruhen begünstige.** Die britische Regierung habe aber noch andere Beweise, die er demnächst bekanntgeben werde. Auf eine Anfrage erklärte Baldwin, daß man angesichts der zahlreichen vorliegenden Fragen wohl kaum Zeit für eine Diskussion über die Sowjetpropaganda in England oder den Dominiums haben werde.

Aus diesen Mitteilungen Chamberlains und aus anderen Informationen geht hervor, daß die Pressenachrichten, welche die Möglichkeit des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland andeuteten, zum mindesten voreilig waren. Daß ein Teil des englischen Volkes und gewiß auch das Kabinett den Abbruch der Beziehungen mit Rußland wünscht, steht fest. Die Gründe hierfür beruhen jedoch meist auf grundsätzlicher Abneigung und auf Prestigefragen. Allerdings haben die russischen Intrigen in China die antirussischen Tendenzen in England sehr verschärft. Neuerdings wird auch betont, daß die wegen der **Verurteilung der deutschen Studenten entstandene deutsch-russische Spannung** den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen erleichtern würde, da dann Rußland so ziemlich ohne Freund in der Welt dastehen würde.

Die rote Flotte in der Ostsee.

Erklärungen Frunses.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Riga,** 7. Juli.

Wie aus Moskau gedrahtet wird, machte Kriegskommissar Frunse der Sowjetpresse Mitteilungen über die eben beendeten großen Manöver der roten Flotte in der Ostsee. An der Fahrt hätten sämtliche Kriegseinheiten der Ostseeflotte teilgenommen und einen glänzenden Beweis ihrer hervorragenden Schlagfertigkeit geliefert. Das in zwei Teile geteilte Geschwader hat alle Gegenden der Ostsee besucht. Die Flotte hat bewiesen, daß sie im Kriegsfalle Petersburg wohl beschützen könne. Technisch stehe sie völlig auf der Höhe. Es könne bei dem jetzigen Stande der Flotte nicht mehr passieren, „daß englische Kutter vor Kronstadt die russische Flotte angreifen". Die Hälfte der Mannschaft seien Komsomolzi (Angehörige des kommunistischen Jugendverbandes). Die Disziplin sei streng; Rußland brauche eine starke Flote und werde sich eine solche auch um jeden Preis schaffen.

Londoner Kabinettssitzung über China.

Die Schanghaier Zwischenfälle.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 7. Juli.

Die heute stattfindende Kabinettssitzung dürfte auch zu einer Besprechung der ursprünglichen Schanghaier Zwischenfälle führen, die jetzt endgültig beigelegt werden sollen. Am Sonnabend sollte die viel kritisierte Kommission der drei nicht britischen Delegierten die drei von der Pekinger Regierung ernannten Delegierten treffen, um insbesondere diese Frage zu besprechen. Die chinesischen Delegierten weigerten sich aber, zu unterhandeln, falls es ihnen nicht gestattet sein würde, auch auf andere Dinge, entgegen den Beschlüssen des diplomatischen Korps in Peking, eingehen zu dürfen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" bemerkt hierzu, es sei vielleicht ganz gut, daß die Zusammenkunft nicht stattgefunden habe, so daß man vielleicht ein weniger unfaires und vorurteilsvolles Verfahren gegen die britischen Interessen vorschlagen könne; den obgleich das diplomatische Korps sich entschieden hat, unter diesen Umständen die Veröffentlichung des Berichtes der gemischten Kommission über die Schanghaier Zwischenfälle zurückzuhalten, so habe die französische Presse doch gestern Erklärungen veröffentlicht, die üble Anspielungen auf die britische Politik in Schanghai enthielten und andeuteten, daß das diplomatische Korps die Entlassung des Polizeichefs und des Offiziers verlangen würde, der den Befehl zum Feuer gab und dem Vorsitzenden des Schanghaier Kabinetts einen Verweis erteilen würde. Wie dem auch sei, der ganze Vorfall zeige, daß gewisse Mächte nicht die Notwendigkeit einer einheitlichen Front gegenüber den Mächten des fernen Ostens würdigten und nicht einsehen wollten, daß England nicht fremde Unterhändler mit der Aufgabe betrauen könnte, Leben und Eigentum seiner Untertanen in China zu schützen. Die ausländischen Minister in Peking sollen bereits Instruktionen ihrer Regierungen über die Art der Antwort empfangen haben, die man auf die chinesischen dreizehn Forderungen erteilen werde. Gestern abend war noch keine amerikanische Note in London eingetroffen.

In Schanghai hat man in einem Dach die Leiche eines amerikanischen Matrosen gefunden. Ein englischer Matrose wird sei drei Tagen vermißt. Aus Peking wird berichtet, daß dort 17000 Soldaten des Generals Feng in Kalgan demonstrierten, sie alle erklärten sich bereit, an einem Rachekrieg gegen England teilzunehmen.

Wie die „Times" aus Hongkong meldet, versuchte ein Offizier der Yünnan-Armee den Außenkommissar von Canton und General Hsü-Tschung-Tscht zu ermorden, als sie von der Einführungsfeier der neuen Regierung zurückkehrten. Beide wurden leicht verletzt. Die Angreifer wurden von der Leibwache erschossen.

(Siehe auch Seite 2.)

Polen und der Sicherheitspakt.

Die zwei entgegengesetzten politischen Richtungen. — Bankerott der Politik des nationalistischen Lagers. — Reminiszenzen des früheren Ministerpräsidenten Sliwinski. — Polen auf dem Scheidewege.

(Von unserem Korrespondenten.)

∞ **Warschau,** Anfang Juli.

Seit der Wiederaufrichtung Polens kämpfen im Lande bezüglich der von der Außenpolitik einzuschlagenden Wege zwei Richtungen miteinander: die des „nationalen" Lagers, das sich dem Wahne hingab, man könnte Deutschland, — das man für den Erbfeind Polens ansieht — mit Hilfe Frankreichs endlos in Schwäche und Unterwürfigkeit erhalten, und die des demokratischen Lagers, das an den vom nationalen Lager versuchten Ausgleich mit Rußland nicht glaubt, vielmehr in einem wiedererstarkten Rußland den gefährlichsten, unerbittlichsten Gegner Polens erblickt. Beide Lager sind sich in einer Ansicht aber einig: daß Polen sich nicht den Luxus leisten kann, zwei mächtige Nachbarn in Feindschaft gegen sich zu erhalten. Deshalb strebt das eine Lager den Ausgleich mit Rußland, das andere den Ausgleich mit Deutschland an. Das nationale Lager hat aus diesen seinen Richtlinien nie ein Hehl gemacht, wohl aber vielfach das demokratische Lager, das seine Politik sehr lau führte, seine Tendenzen oft sogar verleugnete.

Für das nationale Lager ist das Bündnis mit Frankreich eine Angelegenheit auf Leben und Tod, das demokratische Lager ist wohl gleichfalls treuer Verfechter des Bündnisgedankens, weil das Bündnis Polens Ansehen in der Welt stärke, doch glaubt es nicht, daß im Falle eines russischen Angriffs gegen Polen das Bündnis mit Frankreich genügende Hilfeleistung zur Folge haben werde. Darum setzt das demokratische Lager seine größten Hoffnungen auf den Völkerbund und einen Sicherheitspakt, in den Polen hineingezogen sein müßte. Die Nationalisten werden von dem ewigen Gedanken beherrscht, daß das wider aller Erwarter immer mehr erstarkende Deutschland in aller Heimlichkeit einen furchtbaren Vernichtungskrieg plane. Um hiergegen gesichert zu sein, sind sie bereit, mit jedem Staate, selbst mit Litauen oder gar mit Sowjetrußland, Freundschafts- und andere Bündnisse abzuschließen, mit Rußland schon darum, weil diese Kreise seit Rapallo an eine deutsch-russische Verschwörung gegen Polen glauben, die nur durch ein französisch-polnisch-russisches Bündnis aus der Welt geschafft werden könnte. Es stört die Nationalisten nicht im mindesten, daß in Moskau die Bolschewisten regieren. Sie machen einfach eine Scheidegrenze zwischen Sowjetstaat und Dritter Internationale. Sie lassen immer wieder durchblicken, daß es ihnen vollkommen gleichgültig sei, welche Richtung in Moskau regiere, wenn nur die russische Regierung Polens Bündnispolitik zur vollständigen Vereinsamung Deutschlands akzeptieren wollte.

Die Politik des demokratischen Lagers Polens war manchen Erschütterungen unterworfen, aber sie ist nie ihrer Grundlage ganz beraubt worden. Dagegen zeigt es sich bereits deutlich, daß die franko- und russophile Politik der Nationalisten Polens ziemlich bankerott gemacht hat. Es kommt hinzu, daß sich die Ansichten der Welt über Deutschland, zum größten Leidwesen der polnischen Nationalisten, bedeutend verändert haben. Allzu eifrig haben sich die polnischen Nationalisten bemüht, den neuerstandenen polnischen Staat in den Vordergrund des weltpolitischen Interesses zu schieben. Sie gaben sich dem Wahne hin, daß alle Welt sich mit Polen beschäftigen müßte, daß eigentlich alle Welt verpflichtet sei, Polen zu helfen. Dieses ewige Vordrängen des polnischen Uebernationalismus hat die anfangs in der Welt für Polen gehegten romantischen Sympathien in mehr oder minder scharfe Animosität gewandelt. Auf diese Tatsache kommt der frühere polnische Ministerpräsident Artur Sliwinski in dem deutschfeindlichen „Kurjer Poranny" in einem kürzlich erschienenen Aufsatz zu sprechen und führt dabei an, daß „Polens Ansehen in der Welt in dem Maße verblaßte, wie das Deutschlands heller ward". Weiter schreibt Sliwinski, der dem Zentrum angehört: „Polens Ansehen auf der internationalen Bühne ist unerhört gesunken, das beweist die immer größer werdende Vereinsamung Polens." In den nationalistischen Kreisen Polens glaubt man eine Vereinsamung Polens seit der Zeit zu beobachten, da England wieder zur europäischen Politik zurückgekehrt ist und auch Deutschland und Frankreich in seine Pläne hineingezogen hat.

Vor einem halben Jahre noch schrieb die polnische Presse einhellig, daß Polen unbedingt auf dem Boden der Unantastbarkeit der Verträge stehen müßte. Wer an den Verträgen rühren wollte, würde sich einem erzürnten, zur Verteidigung entschlossenen Polen gegenüber sehen. Mittlerweile aber hat sich die ganze Welt davon überzeugen müssen, daß der Versailler Vertrag auf schwankendem Grunde aufgebaut worden ist. Einmal muß er krachen, je später, desto stärker. Und heute gibt der polnische Außenminister im Sejm zu, daß „man in den Zeitabschnitt des schwankenden Versailler Vertrages gekommen sei, was die Deutschen veranlaßt habe, die Revision der Westgrenzen Polens zu verlangen".

Die Antwort des französischen Ministerpräsidenten Briand zu der Frage der Schaffung eines „Rheinischen Sicherheitspaktes" und die Ausführungen des polnischen Außenministers Skrzynski hierzu gefallen der nationalgesinnten Presse Polens sicherlich nicht. Doch legt sie sich diesmal eine bei ihr bisher noch nie beobachtete Reserve

Reichsregierung und Moskauer Urteil.

Rechtsanwalt Dr. Heinrich Freund, der im Auftrage der Reichsregierung an dem Moskauer Prozeß gegen die deutschen Studenten teilgenommen hat, ist nunmehr in Berlin eingetroffen. Dr. Freund hat heute mittag dem Auswärtigen Amt einen eingehenden Bericht über den Verlauf des Prozesses erstattet und hierbei auch Informationen der deutschen Botschaft in Moskau übermittelt. Die Reichsregierung wird nunmehr auf Grund dieses Berichtes weitere Schritte gegenüber der Sowjetregierung vorbereiten.

Gegen die Verschleuderung beschlagnahmten deutschen Besitzes.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

✕ **Washington,** 7. Juli.

Der neuernannte Verwalter des ehemals feindlichen Eigentums Hicks gab Anweisung, daß künftighin der Verkauf beschlagnahmten deutschen Besitzes ohne Zustimmung der Eigentümer nicht mehr erfolgen solle. Es soll dadurch Verschleuderungen und Uebervorteilungen, wie sie leider nach Kriegsende wiederholt zum schweren Schaden der Eigentümer vorgekommen sind, vorgebeugt werden.

Der Kongreß der Völkerbundsligen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Warschau,** 7. Juli.

Im Rathaussaale wurde gestern der Kongreß der Völkerbundsligen eröffnet. Fünfundzwanzig Staaten sind vertreten. Den Vorsitz führte der Engländer Dickinson. Der polnische Delegierte Sokal führte aus, daß Polen Frieden wünsche, weil es sich bewußt sei, daß es, zwischen zwei großen Nachbarn lebend, nur auf diese Weise seine innere Konsolidation durchführen und günstige wirtschaftliche Zustände erlangen könne. Wie verlautet, will die englische Delegation einen Antrag einbringen, in dem der Wunsch ausgedrückt wird, daß Deutschland bald Mitglied des Völkerbundes werde, es würde dann auch Deutschland ein ständiger Sitz im Völkerbundrate garantiert werden. Ein Teil der polnischen Presse macht bereits jetzt gegen einen solchen Antrag Front, weil Polen dieselben Rechte im Völkerbund verlangen müsse wie Deutschland. Polen könnte einen solchen Antrag niemals annehmen. Man erinnert sich eines ähnlichen Konflikts bei der Tagung des Völkerbundesligen in Prag vor zwei Jahren.